

I N T E R F A C E

EINWOHNERBEFRAGUNG LUZERN 2009

ERHEBUNGSKONZEPT

Luzern, den 27. Februar 2009

PD Dr. Andreas Balthasar (Projektleitung)
balthasar@interface-politikstudien.ch

Nora Wight (Projektmitarbeit)
wight@interface-politikstudien.ch

ZUSAMMENFASSUNG

Die kantonale Regierung und die Verwaltung sind zur Steuerung der politischen Prozesse vermehrt auf Kenntnisse der Zufriedenheit, des Verhaltens und der Nutzung der Infrastrukturen der kantonalen Bevölkerung angewiesen. Gemäss dem Legislaturprogramm des Regierungsrats für die Legislaturperiode 2007 bis 2011 ist deshalb eine kantonale Einwohnerbefragung vorgesehen. Daraus ableitend sieht das statistische Mehrjahresprogramm des Kantons Luzern vor, dass LUSTAT Statistik Luzern als zentrale Statistikstelle diese kantonale Einwohnerbefragung durchführt. Im vorliegenden Bericht werden die Zielsetzung, die Befragungsinhalte, der Befragungsrhythmus sowie der methodische Rahmen der geplanten Einwohnerbefragung definiert:

- *Primäre Zielsetzung* der Einwohnerbefragung ist das gesellschaftspolitische Monitoring politikbezogener Erwartungen und Einstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern. Im Kern wird untersucht, ob und mit welchem Erfolg der Kanton seine Prioritäten entlang den Erwartungen der Bevölkerung setzt.
- *Inhaltliche Richtschnur* der Einwohnerbefragung bilden die Aufgabenbereiche der kantonalen Verwaltung. Es ist vorgesehen, in der Einwohnerbefragung zu den zentralen Themen und Prioritäten dieser Bereiche Fragestellungen aufzunehmen. Allerdings wird die kantonale Einwohnerbefragung als inhaltliche Ergänzung des Systems der Haushalts- und Personenstatistiken des Bundesamts für Statistik konzipiert. Dies bedeutet einerseits, dass Themen, die vom Bund abgefragt werden, aus der Einwohnerbefragung ausgeklammert werden. Andererseits werden die thematischen Befragungen des Bundes durch die kantonale Befragung gezielt mit Erwartungen und Einschätzungen der kantonalen Bevölkerung ergänzt. Dies ist nicht Inhalt des Systems der Haushalts- und Personenstatistiken des Bundes. Zudem bilden die individuellen Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern sowie die subjektive Beurteilung der kantonalen Leistungen einen Schwerpunkt der Einwohnerbefragung.
- Bezüglich *Befragungsrhythmus* ist vorgesehen, die Einwohnerbefragung alle zwei Jahre durchzuführen. Mit diesem Konzept wird den Erfahrungen von anderen kantonalen Einwohnerbefragungen und von vergleichbaren städtischen Befragungen Rechnung getragen.
- Methodisch ist es vorgesehen, die *Befragung telefonisch* durchzuführen. Dank hoher Telefondichte wird diese Befragungsmethode betrachtet. Zudem wird dadurch die Vergleichbarkeit der Luzerner Einwohnerbefragung mit den Daten des Bundesamts für Statistik gewährleistet, da auch die Erhebungen des Bundes telefonisch realisiert werden.
- Die Befragung soll *differenzierte Aussagen zu fünf Regionen zulassen*: Stadt Luzern (inkl. Littau); Region Luzern plus Riggemeinden; Region Seetal; Region Sursee; Region RegioHER. In der Einwohnerbefragung sollen daher rund 4'000 Personen befragt werden. Dabei sind die Quoten so zu setzen, dass je erwähnte Region rund 750 Interviews geführt werden. Dies sollte im Rahmen der für die Einwohnerbefragung vorgesehenen Mittel möglich sein.

INHALTSVERZEICHNIS

I	POLITISCHER HINTERGRUND DER BEFRAGUNG	4
1.1	Bedarf an wichtigen statistischen Informationen	4
1.2	Einwohnerbefragung als Teil des Legislaturprogramms	4
1.3	Konzentration der Befragungsaktivitäten	5
2	WISSENSCHAFTLICHER HINTERGRUND	9
2.1	Anknüpfungspunkte bezüglich der Begründung einer Befragung	9
2.2	Anknüpfungspunkte bezüglich des Inhalts der Befragung	13
2.3	Anknüpfungspunkte bezüglich der Methode der Befragung	17
3	INHALT DER EINWOHNERBEFRAGUNG	25
3.1	Befragungskonzept	25
3.2	Konkretisierung des Inhalts der Befragung	25
4	ABLAUF DER EINWOHNERBEFRAGUNG	30
4.1	Vorbereitung der Befragung	30
4.2	Datenerhebung	30
4.3	Datenaufbereitung und -interpretation	32
4.4	Zeitplan	32
	LITERATURVERZEICHNIS	33
	IMPRESSUM	36

I POLITISCHER HINTERGRUND DER BEFRAGUNG

Der politische Auftrag, welcher der Befragung zugrunde liegt, lässt sich in drei Teile gliedern.

I.1 BEDARF AN WICHTIGEN STATISTISCHEN INFORMATIONEN

Das kantonale Statistikgesetz (SRL 28a) ist am 1. Juli 2006 in Kraft getreten. Danach ist es Aufgabe der kantonalen Statistik, den kantonalen und kommunalen Behörden und der Öffentlichkeit wichtige, repräsentative und kohärente statistische Informationen über Bevölkerung, Wirtschaft, Gesellschaft, Raum und Umwelt zu liefern (Art. 4, Abs. 1, SRL 28a). Das Gesetz verlangt von der zentralen Statistikstelle (LUSTAT), die Vorbereitung eines statistischen Mehrjahresprogramms (MJP) für jede Legislaturperiode. Dieses soll Auskunft geben über die statistischen Aktivitäten auf kantonaler Ebene sowie Schwerpunkte und strategische Ziele der öffentlichen Statistik festlegen (Art. 11, SRL 28a).

LUSTAT hat für die Legislaturperiode 2007 bis 2011 erstmals ein statistisches Mehrjahresprogramm präsentiert (Regierungsrat des Kantons Luzern 2007b). Beim statistischen Mehrjahresprogramm handelt es sich um ein departementsübergreifendes Führungsinstrument, das dem Regierungsrat die Gesamtplanung der Statistiktätigkeiten des Kantons erlaubt. Das Mehrjahresprogramm orientiert sich an fünf strategischen Zielen. Das dritte Ziel verlangt die Pflege und Optimierung der statistischen Datenbasis für die Schlüsselbereiche der kantonalen Politik und kündigt eine kantonale Einwohnerbefragung an (S. 9). Die Bundesstatistik bleibt zwar die wichtigste Quelle des statistischen Informationsbedarfs auf Kantons- und Gemeindeebene. Im Interesse der Koordination soll jedoch regelmässig eine kantonale Einwohnerbefragung durchgeführt werden. Diese soll der Steuerung der Politik dienen und Zufriedenheit, Verhalten sowie Nutzung der Infrastrukturen usw. der Bevölkerung erfassen (S. 10). Es wird angestrebt, die Inhalte einzelner heute bei den Dienststellen angesiedelten Einwohnerbefragungen mit der Einwohnerbefragung des Kantons abzudecken.

I.2 EINWOHNERBEFRAGUNG ALS TEIL DES LEGISLATURPROGRAMMS

Mit dem Legislaturprogramm orientiert der Regierungsrat den Kantonsrat über seine politischen Absichten in den nächsten Jahren (Regierungsrat des Kantons Luzern 2007a). Zum einen wird darin darüber informiert, wie der Regierungsrat gesetzliche und parlamentarische Aufträge oder Planungsberichte umsetzen will. Zum anderen erläutert er seine Vorstellungen, wie und wohin sich der Kanton entwickeln soll. Im Legislaturprogramm 2007 bis 2011 ist die Durchführung einer jährlichen Einwohnerbefragung vorgesehen. Diese wird als Element moderner Staatsführung betrachtet und soll Aufschluss geben über Ansichten und Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger (S. 6).

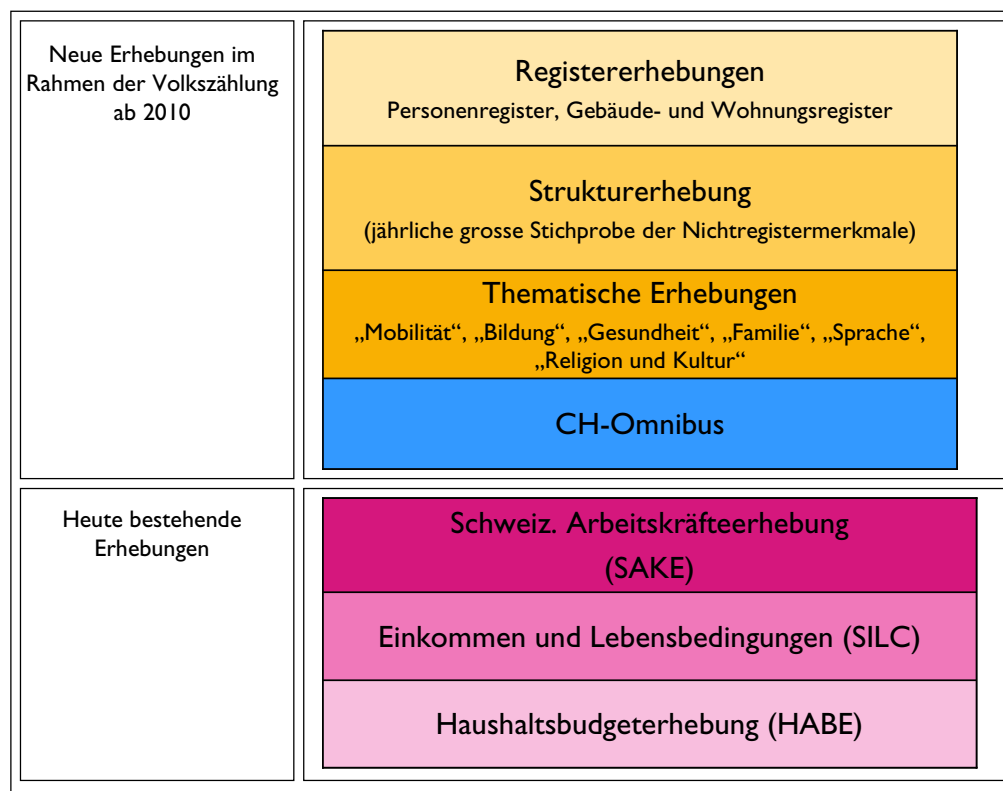
1.3 KONZENTRATION DER BEFRAGUNGSAKTIVITÄTEN

Es ist ein zentrales Ziel der kantonalen Statistik, die Belastung der Befragten (Gemeinden, kantonale Stellen, private Institutionen, Firmen, Privatpersonen) gering zu halten. Vor diesem Hintergrund ist vorgesehen, dass die geplante Einwohnerbefragung nicht nur im Interesse der Koordination sowie der statistischen Qualität und Kontinuität, sondern auch zur Einhaltung des Grundsatzes einer möglichst geringen Belastung der Befragten unter der Federführung von LUSTAT zusammen mit den politischen Entscheidungsträgern und mit den interessierten Dienststellen entwickelt und durchgeführt wird (Regierungsrat des Kantons Luzern 2007b, S. 10). Dabei gilt es, insbesondere folgende wichtige Befragungsaktivitäten zu berücksichtigen.

Erhebungsprogramm des Bundesamts für Statistik

Bis 2000 wurde in der Schweiz alle zehn Jahre die Volkszählung als Vollerhebung bei allen Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz durchgeführt. Mit SHAPE (System der Haushalts- und Personenstatistiken) verfolgt das Bundesamt für Statistik (BFS) eine neue Strategie der Datenbeschaffung und Informationsauswertung. Das Ziel ist es, ein integriertes statistisches Informationssystem über Personen und Haushalte für 2010 bis 2019 aufzubauen. Vorgesehen ist ein System von aufeinander abgestimmten Haushalts- und Personenerhebungen (BFS 2007b). Verschiedene Gefässe der Volkszählung ergänzen vorhandene Erhebungen. Dies macht die nachfolgende Darstellung D 1.1 deutlich.

D 1.1: GESAMTSYSTEM FÜR PERSONEN- UND HAUSHALTSSTATISTIKEN (SHAPE)



Quelle: BFS 2007a

Das 2008 in Kraft getretene total revidierte Bundesgesetz über die eidgenössische Volkszählung sieht vor, die alte Volkszählung durch vier Elemente der Datengewinnung zu ersetzen (EDI 2008):

- Flächendeckende Auswertung der Registererhebungen.
- Strukturhebung mit dem Standardprogramm einer Befragung bei 200'000 Personen, die 15-jährig und älter sind und in Privathaushalten leben. Dies bedeutet, dass rund 10'000 Personen im Kanton Luzern kontaktiert werden. Die Strukturhebung stellt jährlich Ergebnisse zu den Themenfeldern Personen, Haushalt und Wohnen; Arbeit; Mobilität; Bildung; Sprache, Religion und Kultur sowie Familie zur Verfügung (EDI 2008, S.16f.).
- Zusätzlich sind jährlich thematische Erhebungen zu wechselnden Themen vorgesehen. Dabei werden 10'000 bis 40'000 Personen befragt (Kanton Luzern rund 500 bis 2'000 Personen). Bis anhin wurden thematische Erhebungen im Rahmen der Gesundheitsbefragung und des Mikrozensus Verkehr realisiert. Neu deckt die thematische Erhebung in einem Turnus jährlich rotierende Themenfelder ab (2010: Mobilität und Verkehr; 2011: Aus- und Weiterbildung; 2012: Gesundheit; 2013: Familien und Generationen; 2014: Sprache, Religion und Kultur; EDI 2008, S. 32).
- Als letzter Bestandteil der nationalen Statistik können Omnibus-Erhebungen zu aktuellen Themen bei 3'000 Personen durchgeführt werden. Diese ermöglichen nur Aussagen für die ganze Schweiz.

Das Erhebungsprogramm der Volkszählung wird ergänzt durch drei bestehende Erhebungen:

- Die Schweizerische Arbeitskräfteerhebung (SAKE) liefert Daten zum Arbeitsmarkt und zum Erwerbsleben im Allgemeinen. Mit der Anpassung an europäische Statistiken wird sie künftig vierteljährliche Ergebnisse liefern.
- Die 2007 neu geschaffene Erhebung Einkommen und Lebensbedingungen (SILC: Statistics on Income and Living Conditions) deckt einen breiten Bereich ab, wie zum Beispiel die Einkommen, die Ausbildung, die Arbeit, die Kinderbetreuung, die Haushaltszusammensetzung, die Wohnsituation oder die Gesundheit.
- Die Haushaltsbudgeterhebung (HABE, früher Verbrauchserhebung VE) stellt regelmässige Informationen über die Konsumgewohnheiten und die Einkommenssituation der privaten Haushalte in der Schweiz bereit.

Im statistischen Mehrjahresprogramm des Kantons Luzern war eine Verdichtung der Stichproben der Strukturhebung, der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung SAKE, des Mikrozensus Mobilität und Verkehr, der thematischen Erhebung zur Aus- und Weiterbildung sowie der Gesundheitsbefragung vorgesehen (Regierungsrat des Kantons Luzern 2007b). Mit Ausnahme der Erhebung „Aus- und Weiterbildung“ hat der Regierungsrat für die genannten Stichprobenerhebungen eine Verdichtung der Stichprobe beschlossen.

Bisher im Kanton Luzern durchgeführte Befragungen

In den letzten Jahren wurden im Kanton Luzern insgesamt fünf Einwohnerbefragungen durchgeführt. Sämtliche dieser Befragungen zeichnen sich durch einen speziellen thematischen Fokus aus:

- 2000 führte die Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung (GfS) im Rahmen einer nationalen Untersuchung auch für den Kanton Luzern eine „Public Image-Monitor“-Befragung durch. Im Auftrag der Staatskanzlei wurden 502 Personen (456 SchweizerInnen und 40 AusländerInnen) befragt. Diese Erhebung hatte zum Ziel, die Zufriedenheit der EinwohnerInnen mit den staatlichen Leistungen zu messen und zwischen den Kantonen zu vergleichen. Die Daten wurden mittels computergestützten telefonischen Interviews erhoben.
- 2002 wurde eine zweite Welle des „Public Image-Monitor“ für den Kanton Luzern realisiert, um wiederum die Zufriedenheit mit staatlichen Leistungen zu messen. Der Fragebogen wurde dazu überarbeitet und mit neuen Aspekten ergänzt. 510 Personen wurden anhand einer computergestützten telefonischen Befragung interviewt. Auch diese Befragung wurde von der Staatskanzlei in Auftrag gegeben.
- 2006 wurde eine Befragung auf Kantonsebene durchgeführt, welche den Fokus auf das Thema Sicherheit legte. Dies stellt die bisher letzte Untersuchung zu diesem Thema dar, nachdem bereits in den Jahren 2000 und 2003 solche Befragungen durchgeführt worden waren. Die Kantonspolizei beauftragte die Firma DEMOSCOPE mit der Durchführung. 2006 wurden 1'003 Personen zu ihrem subjektiven Sicherheitsempfinden befragt. 2000 waren es 800, 2003 606 Personen gewesen, welche befragt worden waren. Diese Befragungen wurden mit der Stadtpolizei Luzern koordiniert, welche sich speziell für das Sicherheitsempfinden der städtischen Bevölkerung und das Image der Stadtpolizei interessierte.

Einwohnerbefragungen in anderen Kantonen

Bis heute führt einzig der Kanton Basel-Stadt systematisch Einwohnerbefragungen durch. In den Jahren 2003, 2005 und 2007 wurden die Einwohnerinnen und Einwohner telefonisch zu ihrer Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Basel und zu ihrer Meinung zu gewissen Sachthemen befragt. 2003 und 2005 setzte sich der Fragebogen aus einem fixen und einem sich jedes Jahr ändernden Teil (variabler Teil) zusammen. Letztes Jahr wurde auf den variablen Teil verzichtet. Laut den Autoren der Studie hat er nicht die gewünschte inhaltliche Tiefe gebracht (Grillon et al. 2007, S. 3). Das Sample der telefonischen Befragung im Jahr 2007 umfasste 1'509 Personen. 2007 hat das Statistische Amt des Kantons Basel-Stadt ein generelles Befragungskonzept erarbeitet, welches die zentralen Informationsbedürfnisse der Verwaltung in einen geeigneten zeitlichen Abfolgegerahmen setzt (Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2007). Eine Grundlage dafür ist eine Übersicht über die durchgeführten, laufenden und geplanten Befragungen der Verwaltung. Diese Zusammenstellung umfasst sowohl thematische als auch Kundenbefragungen und ist seit 2008 online verfügbar.¹

2008 startete der Regierungsrat des Kantons Bern ein Projekt unter dem Titel „Aufgabendialog Kanton Bern“. Im Gespräch mit Experten und der Bevölkerung sollten Ant-

¹ Vgl. <<http://www.statistik-bs.ch/stata/serviceangebot/befragungen>> Zugriff 12. 11. 2008.

worten auf die Frage nach den zukünftigen Aufgaben des Kantons Bern gefunden werden. Nachdem die einleitend durchgeführten Experteninterviews keine realisierbaren Vorschläge für eine politische Neuausrichtung boten, wurde auf die geplante Einwohnerbefragung verzichtet.

Neben den erwähnten kantonalen Befragungen fanden verschiedene städtische Einwohnerbefragungen statt. So in Bern, Winterthur, St. Gallen, Zürich und Luzern.

Die im Kanton Luzern vorgesehene Einwohnerbefragung soll auf einem stringenten und wissenschaftlich fundierten Konzept aufbauen. In diesem Kapitel wird dieses Fundament gelegt. Dazu werden in Abschnitt 2.1 theoretische Konzepte vorgestellt, welche Anknüpfungspunkte für die Begründung und die Zielsetzung einer Einwohnerbefragung bieten. Abschnitt 2.2 konzentriert sich auf den Rahmen für den Aufbau und den Inhalt der Befragung. Schliesslich setzen wir uns in Abschnitt 2.3 mit den methodischen Grundlagen auseinander.

2.1 ANKNÜPFUNGSPUNKTE BEZÜGLICH DER BEGRÜNDUNG EINER BEFRAGUNG

Bevölkerungsbefragungen werden zwar sehr häufig durchgeführt, jedoch selten theoretisch begründet. In der Literatur lassen sich dennoch vier Anknüpfungspunkte finden. Diese werden im folgenden Abschnitt kurz vorgestellt. Darauf aufbauend werden aus diesen wissenschaftlichen Überlegungen Empfehlungen für die Konkretisierung der geplanten Einwohnerbefragung im Kanton Luzern formuliert.

2.1.1 THEORETISCHE RECHTFERTIGUNGEN VON EINWOHNERBEFRAGUNGEN

Aus der wissenschaftlichen Literatur lassen sich vier Konzepte unterscheiden, welche die Durchführung von Bevölkerungsbefragungen begründen.

Einwohnerbefragung als Teil einer leistungs- und kundenorientierten Verwaltungsführung (WOV)

Mit den Verwaltungsreformen im Sinne des New Public Managements, welche im Kanton Luzern unter dem Stichwort der Wirkungsorientierten Verwaltung (WOV) flächendeckend umgesetzt wurden, ist die ergebnisorientierte Betrachtung von staatlichem Handeln in den Vordergrund gerückt (Glück 2007, S. 19). In diesem Zusammenhang hat die Bedeutung von Befragungen von Einwohnern als Kundinnen und Kunden der öffentlichen Verwaltung in den letzten Jahren stark zugenommen. Im Fokus dieser Untersuchungen stehen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Leistungsempfänger der Verwaltung. Grundgesamtheit dieser Befragungen sind in der Regel Personen mit direktem und konkretem Verwaltungskontakt. Diese Befragungen erheben in erster Linie die Zufriedenheit dieser Personengruppe mit den Dienstleistungen ausgewählter Verwaltungsstellen. Die Deutsche Kommunale Verwaltungsstelle für Verwaltungsmanagement hielt 1999 fest: „Kundenbefragungen erforschen die subjektiven Einschätzungen, Meinungen und Einstellungen von Bürgerinnen und Bürgern in der Folge eines unmittelbaren Kontakts zwischen Verwaltung und Bürgerinnen beziehungsweise Bürgern. Sie sind somit anders als allgemeine Bürgerbefragungen an eine unmittelbare Leistungsbeziehung geknüpft.“ (zitiert nach Glück 2007, S. 444)

Einwohnerbefragung zur Stärkung der Bürgerpartizipation

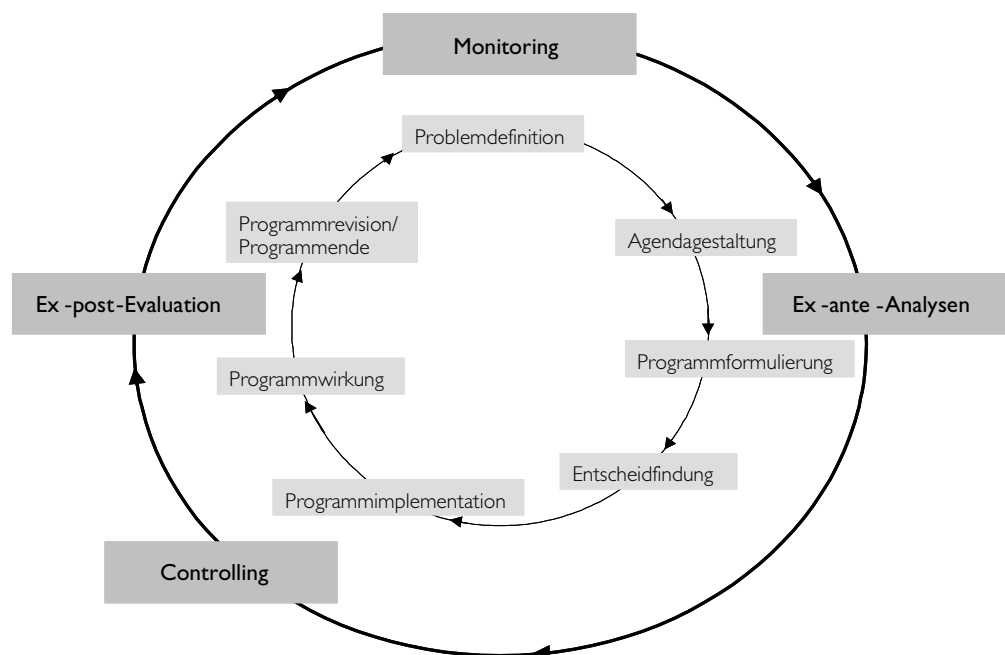
Im Diskurs um den Themenbereich der „local governance“ werden Befragungen von Einwohnerinnen und Einwohnern auch als Instrument diskutiert, um Bürgerinnen und

Bürgern Partizipation auf kommunaler Ebene zu ermöglichen (Mayer 2004, S. 30). Mayer weist darauf hin, dass in einigen deutschen Kommunalverfassungen, zum Beispiel in Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen oder Thüringen, die Möglichkeit der Bürgerbefragung vorgesehen ist. In diesem Zusammenhang werden in der Regel Bürger als EinwohnerInnen einer Region mit vollen politischen Rechten und Pflichten befragt. Voraussetzung für den Status „Bürger“ ist der Besitz der in dieser Region geltenden Staatsbürgerschaft (Glück 2007, S. 40). Vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels ist es die Absicht derartiger Befragungen, den Bürgerinnen und Bürgern eine angemessene Form der Partizipation am politischen Leben zu ermöglichen. Eine derart konzipierte Bürgerbefragung grenzt sich klar ab von einer Befragung der EinwohnerInnen, welche auch die Gruppe der im Kanton lebenden Migrantinnen und Migranten einschliessen würde.

Einwohnerbefragung als Element einer evidenzbasierten Politik
Wirksame und nachhaltige Interventionen mittels öffentlicher Politiken setzen zuverlässiges Wissen über die Gesellschaft voraus. Der Ansatz der evidenzbasierten Politik geht davon aus, dass die Sozialwissenschaften derartiges Wissen bereitstellen können. Dazu müssen einerseits gezielt wissenschaftliche Erhebungen durchgeführt werden. Andererseits wird mit Metaanalysen aus einer Vielzahl unterschiedlicher Studien zumindest ansatzweise kumulatives Wissen erzeugt (Schneider 2007, S. 65). Der Ansatz der evidenzbasierten Politik propagiert, dass Massnahmen und Programme vermehrt auf systematisch gewonnenem und empirisch begründetem Wissen beruhen sollten (Sanderson 2002, S. 62). Als ein Instrument der Wissensbeschaffung kann in diesem Zusammenhang eine Einwohnerbefragung betrachtet werden.

Einwohnerbefragung als Grundlage der Problemanalyse im Politikzyklus
Die Politikanalyse geht davon aus, dass die politische Problemverarbeitung verschiedene Phasen durchläuft: Zuerst werden die Probleme definiert und auf die Agenda gesetzt. Dann werden Politikinhalte formuliert, Entscheide gefällt und umgesetzt sowie Wirkungen abgewartet. Schliesslich wird die Politik revidiert oder abgeschlossen. Obwohl politische Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse nur selten derart geordnet verlaufen, erweist es sich für die Analyse als zweckmässig, den Prozess der politischen Problemverarbeitung in Form eines Kreises darzustellen (Jann/Wegrich 2003, S. 81). Die nachfolgende Darstellung hält die verschiedenen Phasen des Politikzyklus fest.

D 2.1: PHASEN DES POLITIKZYKLUS



Quelle: abgeleitet aus Héritier 1993, 11 ff.

Eine regelmässig durchgeführte Einwohnerbefragung wäre in diesem System als ein Element des Monitorings zu betrachten. Der Begriff „Monitoring“ stammt ursprünglich aus den Naturwissenschaften und bedeutet „Dauerbeobachtung“. Monitoring meint die laufende und systematische Sammlung von Informationen über Umfang und Richtung der Veränderungen im interessierenden Handlungs- und Politikfeld (Hellstern/Wollmann 1984, S. 279). Wird das Konzept des Politikzyklus als Grundlage genommen, ist es Zweck einer Einwohnerbefragung, Probleme zu erkennen und festzustellen, ob sich das Handlungs- und Politikfeld in eine erwünschte oder unerwünschte Richtung entwickelt.

2.1.2 EMPFEHLUNGEN FÜR DIE EINWOHNERBEFRAGUNG IM KANTON LUZERN

Aus der Darstellung der theoretischen Anknüpfungspunkte ergeben sich folgende Empfehlungen für die Einwohnerbefragung im Kanton Luzern.

1. Empfehlung: Politikbezogenes Monitoring gesellschaftlicher Erwartungen und Einstellungen als primäres Ziel der Einwohnerbefragung
Wir empfehlen, dass die Einwohnerbefragung mit der Zielsetzung eines gesellschaftspolitischen Monitorings als laufende und systematische Sammlung von Informationen über politikbezogene Erwartungen und Einstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern konzipiert wird. Im Zentrum sollten folglich subjektive Meinungsäusserungen der Einwohnerinnen und Einwohner und nicht die Erhebung der Zufriedenheit mit ausgewählten staatlichen Leistungen oder Dienststellen stehen. Im Kern wird untersucht, ob und mit welchem Erfolg der Kanton seine Prioritäten entlang den Erwartungen der Bevölkerung setzt.

2. Empfehlung: Regierung als wichtigster Adressat der Befragung

Die Einwohnerbefragung sollte in erster Linie als Instrument der Regierung angelegt werden. Sie beobachtet die Entwicklung in der Bevölkerung bezüglich wichtiger gesellschaftlicher Fragen. Ziel sollte es sein, der Regierung und der Verwaltung zu erleichtern, zeitgerecht auf Themen zu reagieren, welche die Bevölkerung beschäftigen. Neben Regierung und Verwaltung können auch Parteien und Öffentlichkeit aus der Befragung Nutzen ziehen. Die Parteien können daraus beispielsweise wichtige Anliegen der Bevölkerung erkennen. Die Öffentlichkeit kann überprüfen, ob die Regierungstätigkeit in ihrer grundsätzlichen Ausrichtung den Anliegen von Einwohnerinnen und Einwohnern entspricht.

3. Empfehlung: Ständige Wohnbevölkerung des Kantons Luzern als Grundgesamtheit der Befragung

Die Einwohnerbefragung sollte im Prinzip alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons einschliessen. Damit grenzt sie sich von den Kundenbefragungen, welche zum Beispiel im Kontext der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung realisiert werden, ebenso ab, wie von den Befragungen, welche sich auf Bürgerinnen und Bürger mit aktivem und passivem Wahlrecht beschränken. Analog den Befragungen, welche das BFS im Rahmen des Systems der Haushalts- und Personenstatistiken (SHAPE) durchführt, ist die ständige Wohnbevölkerung des Kantons Luzern, welche 15-jährig oder älter ist, Zielgruppe dieser Befragung. Nicht eingeschlossen sind Personen, die in Kollektivhaushalten leben. Indem der Erhebung diese Grundgesamtheit zugrunde gelegt wird, wird es möglich, Synergien mit den verschiedenen Erhebungen des Bundes herzustellen und zu nutzen. Datengrundlage für die erste Stichprobenziehung werden die kommunalen Einwohnerregister sein. Für spätere Stichprobenziehungen wird die ab März 2010 verfügbare kantonale Einwohnerplattform des Kantons Luzern die Grundlage bilden.

4. Empfehlung: Regelmässige Durchführung der Einwohnerbefragung

Die Einwohnerbefragung wird keine Abstimmungsprognosen ermöglichen. Sie wird Hinweise auf Einstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern zu einem bestimmten Zeitpunkt liefern. Dabei bietet die Einwohnerbefragung ein aktuelles Stimmungsbild der Themen, welche die Bevölkerung beschäftigen. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir dringend, die Einwohnerbefragung in regelmässigen zeitlichen Abständen mehrmals zu wiederholen. Der besondere Wert der Erhebung wird sich aus der Zeitreihe verschiedener Einwohnerbefragungen ergeben, da sich daraus Veränderungen in der Grundstimmung und auch Reaktionen auf veränderte Rahmenbedingungen erkennen lassen.

5. Empfehlung: Abstimmung der Einwohnerbefragung mit dem System der Haushalts- und Personenstatistiken des BFS

Wie wir in Abschnitt 1.3 dargelegt haben, sieht das neue System der Haushalts- und Personenstatistiken des BFS (SHAPE) verschiedene aufeinander abgestimmte Erhebungen vor. Die Registererhebungen und die Strukturhebung des Bundes werden auch zuverlässige Aussagen über wichtige Aspekte der Luzerner Bevölkerung zulassen. Diese Erhebungen beschränken sich aber auf Informationen zur Bevölkerungsstruktur. Auf inhaltlicher Ebene ergeben sich keine Berührungspunkte zwischen den zwei genannten Erhebungen des Bundes und der Einwohnerbefragung des Kantons Luzern. Anders ist dies bei den jährlich wechselnden thematischen Befragungen des Bundesamts für Statis-

tik sowie bei den bereits bestehenden Erhebungen SAKE, SILC und HABE. Zwar ist dort die Stichprobengrösse für die kantonale Auswertung zu klein. Das statistische Mehrjahresprogramm des Kantons Luzern sieht jedoch kantonale Verdichtungen der Stichproben der thematischen Befragungen sowie der SAKE vor. Bisher ist bei der SILC und der HABE keine Verdichtung vorgesehen.

Wir empfehlen daher, die kantonale Einwohnerbefragung als inhaltliche Ergänzung zum System der Haushalts- und Personenstatistiken des BFS zu konzipieren:

- Erstens sollten für den Kanton Luzern relevante Themen abgefragt werden, die von der Erhebung des Bundes nicht erfasst werden. Es kann sich dabei namentlich um Fragen zur kantonalen Sicherheits-, Wirtschafts-, Steuer-, Umwelt- und Sozialpolitik handeln.
- Zweitens sollten die Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern sowie die Beurteilung der kantonalen Leistungen einen Schwerpunkt der Einwohnerbefragung darstellen.
- Drittens sollte die Einwohnerbefragung die thematischen Befragungen des Bundes gezielt mit Fragen zu den subjektiv geprägten Erwartungen und Einschätzungen der kantonalen Bevölkerung zur kantonalen Politik ergänzen. Während beispielsweise der Mikrozensus Verkehr des BFS die zurückgelegten Wegstrecken erhebt, sollte die Einwohnerbefragung nach der Einschätzungen der Qualität des öffentlichen Verkehrs im Kanton Luzern fragen.

2.2 ANKNÜPFUNGSPUNKTE BEZÜGLICH DES INHALTS DER BEFRAGUNG

Welche Themen in einer Einwohnerbefragung angesprochen werden, lässt sich nicht theoretisch begründen. Hingegen gibt es verschiedene Anknüpfungspunkte für die Themenwahl, welche nachfolgend kurz vorgestellt werden. Darauf aufbauend werden Empfehlungen für die Konkretisierung der geplanten Einwohnerbefragung im Kanton Luzern formuliert.

2.2.1 VORGABEN ZUR AUSWAHL DER THEMEN DER EINWOHNERBEFRAGUNG

Zur Auswahl der Themen, welche abgefragt werden sollen, liegen vier Anknüpfungspunkte nahe.

Aufgabenbereiche der kantonalen Verwaltung

Erstens kann sich die Auswahl der Themen an den Aufgabenbereichen der Verwaltung des Kantons Luzern orientieren. Artikel 11 der Verfassung des Kantons Luzern vom 17. Juni 2007 hält fest, dass Kanton und Gemeinden die Aufgaben wahrnehmen, die ihnen durch die Gesetzgebung übertragen sind, namentlich in den Bereichen öffentliche Sicherheit und Ordnung, wirtschaftliche Entwicklung, Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Raumplanung, Verkehr und Infrastruktur, Umweltschutz und Energie, Kultur und Sport. Diese Aufzählung ist zwar nicht abschliessend, sie würde aber eine

Strukturierung der Befragung entlang der wichtigsten Kompetenzbereiche des Kantons ermöglichen.

Öffentliche Statistik

Das Bundesamt für Statistik hat die Bundesstatistik in verschiedene thematische Bereiche gegliedert. LUSTAT Statistik Luzern wendet in der Regel dieselbe Fachbereichsgliederung an, wobei kleinere Abweichungen in der Terminologie und der Zuteilung von Inhalten möglich sind. Unterschieden werden die Bereiche Bevölkerung; Raum und Umwelt; Arbeit und Erwerb; Volkswirtschaft; Preise; Industrie und Dienstleistungen; Land- und Forstwirtschaft; Energie; Bau- und Wohnungswesen; Tourismus; Verkehr; Geld, Banken, Versicherungen; Soziale Sicherheit; Gesundheit; Bildung und Wissenschaft; Kultur und Kommunikation; Politik; Öffentliche Finanzen sowie Rechtspflege. Diese Gliederung nimmt keine Rücksicht auf die kantonale Politik.

Legislaturprogramm

Im Legislaturprogramm orientiert die Regierung des Kantons Luzern über ihre Ziele und Schwerpunkte in den kommenden vier Jahren (Regierungsrat des Kantons Luzern 2007a). In diesem Dokument werden jene Themen behandelt, welche die Regierung prioritär angehen möchte. Ein Blick auf das aktuelle Programm zeigt, dass darin alle wichtigen thematischen Felder der kantonalen Politik angesprochen werden. Die entsprechenden Kapitelüberschriften lauten: Allgemeine Verwaltung, öffentliche Sicherheit, Bildung, Kultur und Freizeit, soziale Wohlfahrt, Verkehr, Umwelt und Raumordnung, Volkswirtschaft, Finanzen und Steuern. Eine Ausrichtung an diesen Themen hat jedoch den Nachteil, dass das Legislaturprogramm nur vier Jahre gültig ist.

Andere Einwohnerbefragungen

Eine weitere Möglichkeit zur Strukturierung der Themen, die abgefragt werden sollen, bieten bisher durchgeführte Einwohnerbefragungen an. Die nachfolgende Darstellung fasst die Themen und die Strukturierung der Fragebogen ausgewählter schweizerischer Einwohnerbefragungen zusammen.

D 2.2: EINWOHNERBEFRAGUNGEN IN DER SCHWEIZ

Ort und Jahr	Fragen/Thema	Strukturierung
Kanton Basel-Stadt 2007/2005/2003	- Zufriedenheit und Attraktivität - Bildung - Ausländerfragen und Integration - Sicherheit und Sauberkeit - Chancengleichheit - Gesundheit - Wirtschaftslage - Mobilität und Verkehr - Verwaltung und Politik (Themen aus dem Fragebogen 2007, alle fix)	In der Befragung 2007 wurde nur der fixe Teil abgefragt, auf einen variablen Teil wurde aus methodischen Gründen verzichtet
Kanton Luzern „Public Image-Monitor“ 2002/2000	- Bewertung und Zufriedenheit mit staatlichen Leistungen - Kundenorientierung der staatlichen Stellen - Öffnungszeiten und Kundenorientierung - Ziele des Regierungsrats (nur 2002) - Vergleiche mit umliegenden Kantonen (nur 2002)	Im Jahr 2002 wurde der Fragebogen überarbeitet und mit neuen Fragen ergänzt
Stadt Bern 1995/1996/2005	- Demografische Grössen (fix) - Beliebtheit von Bern (fix) - Zufriedenheit mit den Behörden (fix) - Verkehrsmittelwahl (variabel)	Fragebogen in fixen und variablen Teil gegliedert
Stadt Zürich 2003/2001/1999	- Lebensbedingungen (fix) - Probleme (fix) - Lokalpolitik (fix) - Dienstleistungen der Stadt (fix) - Wohnsituation und Lebensqualität (variabel)	Der Fragebogen ist in einen fixen und einen variablen Teil gegliedert, der einem aktuellen Thema der Stadtentwicklung gewidmet ist
Stadt St. Gallen 2007	- Aspekte des städtischen Wohn- und Lebensraums - Meinung zu Politik und Verwaltung	Keine spezifischen Vertiefungsthemen

Quelle: eigene Erhebungen

2.2.2 EMPFEHLUNGEN FÜR DIE EINWOHNERBEFRAGUNG IM KANTON LUZERN

Aus der Darstellung der inhaltlichen Anknüpfungspunkte ergeben sich folgende Erkenntnisse für die Einwohnerbefragung im Kanton Luzern.

6. Empfehlung: Befragung soll sich an den Aufgabenbereichen der kantonalen Verwaltung orientieren

Die Einwohnerbefragung sollte sich thematisch an den Bereichen der Verwaltung orientieren, welche in Artikel 11 der Verfassung des Kantons Luzern vom 17. Juni 2007 aufgeführt sind. In der nachfolgenden Darstellung sind diese Bereiche veranschaulicht. Die Auswertung der Daten könnte dann auch die Zielsetzungen des jeweiligen Legislaturprogramms berücksichtigen.

D 2.3: AUFGABENBEREICHE DER KANTONALEN VERWALTUNG

Bereich	Bereich
<i>Öffentliche Sicherheit</i>	<i>Raumplanung</i>
<i>Wirtschaftliche Entwicklung</i>	<i>Verkehr und Infrastruktur</i>
<i>Bildung</i>	<i>Umweltschutz und Energie</i>
<i>Gesundheit</i>	<i>Kultur</i>
<i>Soziale Sicherheit</i>	<i>Sport</i>

7. Empfehlung: Einwohnerbefragung alle zwei Jahre durchführen

Das Legislaturprogramm der Regierung sieht vor, die Einwohnerbefragung jährlich durchzuführen. Im statistischen Mehrjahresprogramm ist das Konzept skizziert, welches auf einem ständigen und einem jährlich variablen Fragenkatalog basiert. Die Erfahrungen im Kanton Basel-Stadt haben aber gezeigt, dass zwar jeweils zahlreiche Wünsche für das Vertiefungsthema vorhanden sind, dass diese sich aber aus methodischen Gründen oft nicht in einer einzigen Befragung umsetzen lassen. Deshalb wird im Kanton Basel-Stadt seit 2007 in der Einwohnerbefragung auf ein Vertiefungsthema zu Gunsten von Spezialbefragungen verzichtet. Diese Erkenntnisse aus Basel-Stadt wie auch die Befragungen, welche Städte durchführen, weisen darauf hin, dass es weder methodisch noch inhaltlich zwingend ist, dass eine Einwohnerbefragung jährlich durchgeführt wird. (Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2006).

Basierend auf diesen Überlegungen schlagen wir vor, die Einwohnerbefragung im Kanton alle zwei Jahre durchzuführen, mit einem fixen Teil und jeweils ein kleines Fenster für Fragen zu einem aktuellen Anlass zu reservieren. Der entsprechende zeitliche Abfolgegerahmen der Einwohnerbefragung Luzern und der thematischen Befragungen des BFS findet sich in der nachfolgenden Darstellung.

D 2.4: ZEITLICHER ABFOLGERAHMEN MIT ZWEIJÄHRLICHER LUZERNER EINWOHNERBEFRAGUNG SOWIE THEMATISCHEN BEFRAGUNGEN DES BFS

		2009	2010	2011	2012	2013	2014
Kanton	Einwohnerbefragung						
Bund	Mobilität und Verkehr						
Bund	Aus- und Weiterbildung						
Bund	Gesundheit						
Bund	Familien und Generationen						
Bund	Sprache, Religion und Kultur						

8. Empfehlung: Zurückhaltende Übernahme von Fragen aus anderen Erhebungen

Statistische Daten gewinnen immer dann an Aussagekraft, wenn sie über mehrere Jahre mit der gleichen Methodik erhoben werden. Vor diesem Hintergrund kann es durchaus

sinnvoll sein, Fragen aus früher im Kanton oder in der Stadt Luzern durchgeführten Erhebungen in der geplanten Einwohnerbefragung zu übernehmen. Allerdings wurden die bisherigen Daten immer unter sehr spezifischen Gesichtspunkten erhoben (z.B. Thema Sicherheit). Daher ist es angebracht, Fragestellungen aus bereits durchgeführten Einwohnerbefragungen nur dann zu übernehmen, wenn sie aus Sicht der übergeordneten Zielsetzung der Einwohnerbefragung Sinn machen.

2.3 ANKNÜPFUNGSPUNKTE BEZÜGLICH DER METHODE DER BEFRAGUNG

Die Literatur, die sich mit der Methodik von Einwohnerbefragungen beschäftigt, ist kaum zu überblicken. Im nachfolgenden Abschnitt 2.3.1 können daher nur ausgewählte Aspekte aufgenommen werden. Darauf aufbauend werden Empfehlungen für die Konkretisierung der geplanten Einwohnerbefragung im Kanton Luzern dargelegt.

2.3.1 METHODISCHE ÜBERLEGUNGEN DIE DURCHFÜHRUNG BETREFFEND

Die methodischen Überlegungen konzentrieren sich auf die drei zentralen Fragen „Wie wird befragt?“, „Wer wird befragt?“ und „Wie viele werden befragt?“.

Wie wird befragt?

Methodisch können für die Einwohnerbefragung insbesondere drei Formen der Befragung in Betracht gezogen werden, die schriftliche, die telefonische Befragung sowie die Befragung per Internet. Nachfolgend gehen wir kurz auf die Vor- und Nachteile der drei Methoden ein:

- Erstes mögliches Instrument der Einwohnerbefragung ist die *schriftliche Befragung*. Dabei wird einer Anzahl zufällig ausgewählter Einwohnerinnen und Einwohner per Post ein Fragebogen zugestellt, mit der Bitte, diesen auszufüllen und zurückzusenden. Als Vorteile der schriftlichen Befragung gelten, dass die Befragten den Fragebogen bei passender Gelegenheit ausfüllen können und dass alle Bevölkerungskreise erreicht werden. Allerdings ist die Antwortrate bei schriftlichen Befragungen in der Regel niedriger als bei anderen Methoden – beispielsweise bei der telefonischen Befragung. Unklar ist zudem immer, ob tatsächlich der oder die Angeschriebene oder eine andere Person aus dem Haushalt den Fragebogen ausgefüllt hat.
- Gross angelegte Bevölkerungsbefragungen werden heute in der Regel *telefonisch* durchgeführt. Das gilt auch für alle Erhebungen, welche das BFS im Rahmen des Systems der Haushalts- und Personenstatistiken durchführt (Bundesamt für Statistik 2007b). Über das Telefon führt ein Interviewer eine telefonische Befragung mit dem Bürger, der Bürgerin durch und notiert die Antworten. Normalerweise erfolgt die Befragung computergestützt – das heisst der Fragebogen liegt dem Interviewer in elektronischer Form vor, sodass er die Antworten direkt in den PC eingeben kann. Dank hoher Telefondichte wird diese Befragungsform in der Schweiz heute als effizienteste Befragungsmethode betrachtet (BFS 2005). Als weiterer Vorteil der telefonischen Befragung gilt die relativ hohe Antwortrate, wenn sich die Befragten persönlich angesprochen fühlen. Zudem erleichtert die Anonymität der Befra-

gungssituation offene Antworten der Befragten. Allerdings sinkt die Antwortbereitschaft mit der Dauer des Interviews relativ rasch. Zudem führt die Verbreitung der Mobiltelefonie dazu, dass gewisse Bevölkerungsgruppen nicht mehr gut erreichbar sind. Auch fehlt bei dieser Methode die Möglichkeit, bestimmte Fragestellungen zum Beispiel durch Grafiken zu veranschaulichen.

- In neuester Zeit erfreuen sich *Online-Befragungen* wachsender Beliebtheit. Das Bundesamt für Statistik führt heute die Befragung von Studierenden sowie zum Teil von Institutionen per Internet durch. Die steigende Verbreitung von Internetzugängen in der Bevölkerung macht es möglich, diesen Zugang auch für eine Einwohnerbefragung ins Auge zu fassen. Ein Beispiel dafür ist die Grossumfrage „Perspektive-Deutschland“, welche 2002 durchgeführt wurde. In seiner Dissertation setzt sich Ralph Fries ausführlich mit der erwähnten Erhebung auseinander und prüft Möglichkeiten zur Bereinigung von Selektionseffekten (Fries 2005). Das Bundesamt für Statistik hat festgestellt, dass schon Anfang 2005 beinahe 70 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer zu Hause und 51 Prozent am Arbeits- oder Ausbildungsplatz über einen Internetzugang verfügten. 83 Prozent der Männer und 67 Prozent der Frauen nutzten das Netz im Monat vor der Umfrage des BFS.² In der Zwischenzeit hat sich dieser Anteil sicher erhöht. Damit ist es möglich, online in kurzer Zeit und mit verhältnismässig geringen Kosten einen Grossteil der Bevölkerung zu erreichen. Neben den Kosten- und Zeitvorteilen liegen die weiteren Vorzüge der Internetumfragen in der grösseren Gestaltungsfreiheit, der höheren Anonymität, der Reduzierung der sozial erwünschten Antworten, der besseren Erreichbarkeit der Zielpersonen sowie der schnelleren Auswertbarkeit durch die bereits vorhandene Datenaufbereitung (Glück 2007, S. 96). Das Hauptproblem dieser Methode liegt aber in der Verzerrung der Antwortenden durch fehlende manuelle Auswahl der Befragten sowie durch Nichteinbezug von Personen ohne Internetanschluss. Dieses Problem kann die Repräsentativität der Ergebnisse gefährden. Allerdings ist es heute möglich, diesem Problem durch entsprechende Massnahmen gezielt zu begegnen. So kann parallel zur Internet-Befragung eine telefonische Befragung durchgeführt werden, welche dazu dient, den Internetzugang und die Internetnutzung zu ermitteln. Diese Ergebnisse können zur Gewichtung der Internet-Befragung genutzt werden. Weitere Nachteile internetbasierter Befragungen sind insbesondere hohe Aufwendungen für Informationsmassnahmen und mögliche multiple Teilnahmen.

In der nachfolgenden Darstellung werden die Vor- und die Nachteile der drei Befragungsarten im Vergleich dargestellt.

² Vgl. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/00/02/sectoriel/03_05/03_05_01.html>, Zugriff 11.11.2008.

D 2.5: VOR- UND NACHTEILE UNTERSCHIEDLICHER ERHEBUNGSMETHODEN

	Schriftliche Befragung	Telefonische Befragung	Online-Befragung
Vorteile	- Hohe Repräsentativität - Befragte können Fragen besser durchdenken	- Hohe Anonymität der Befragung - Unterstützung bei Verständnisschwierigkeiten	- Verhältnismässig geringe Kosten - Rasche Ergebnisse - Hohe Gestaltungsfreiheit - Gute Erreichbarkeit bestimmter Zielgruppen
Nachteile	- Keine Kontrolle, wer antwortet - Keine Hilfe bei Verständnisfragen - Geringe Rücklaufquote	- Abnehmende Erreichbarkeit - Abnehmende Antwortbereitschaft	- Mangelnde Repräsentativität - Hoher Informationsaufwand - Multiple Teilnahmen

In Anlehnung an: Kerstan/Lubitz 2004

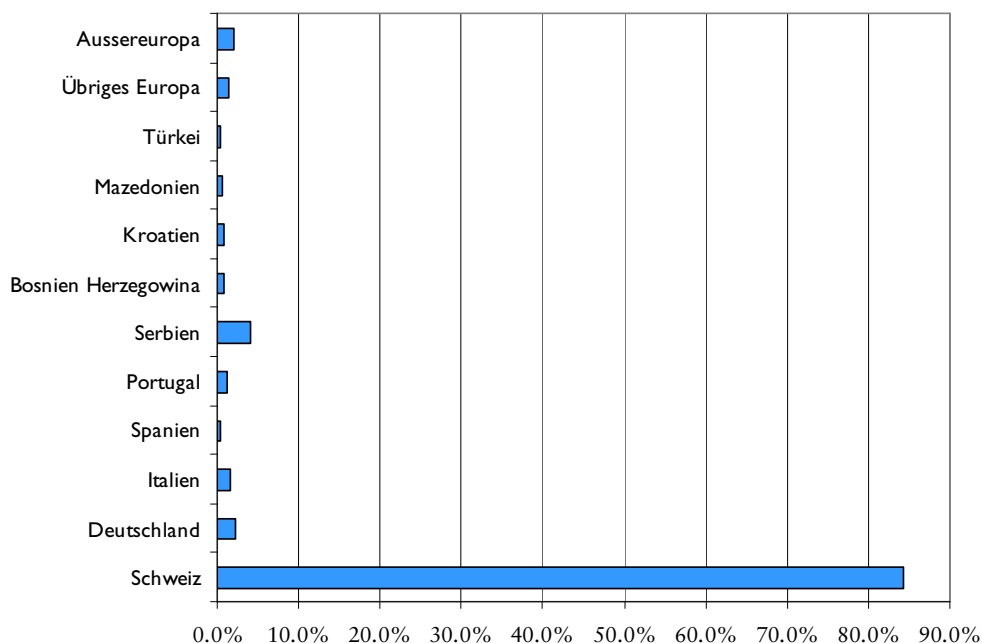
Wer wird befragt?

In Abschnitt 2.1.2 wird festgehalten, dass die ständige Wohnbevölkerung des Kantons Luzern, welche 15-jährig oder älter ist, die Grundgesamtheit der Befragung darstellen wird. Das Einwohnerregister, welches ab 2009 zur Verfügung stehen wird, bildet die Grundlage für die Stichprobenziehung. Die Stichprobe wird gezogen aus allen in einer Gemeinde des Kantons gemeldeten Personen schweizerischer Staatsangehörigkeit mit einem Hauptwohnsitz sowie sämtlichen ausländischen Staatsangehörigen mit einer überjährigen Aufenthaltsbewilligung.

Unabhängig von der Methodik der Datenerhebung stellt sich die Frage, in welchen Sprachen die Befragung durchgeführt werden soll. Die Befragungen des Bundes werden in der Regel in den drei Landessprachen deutsch, französisch und italienisch durchgeführt. Dies gilt für die Befragung zum Thema Mobilität und Verkehr, die Gesundheitsbefragung, die SILC, die HABE und die SAKE. Seit 2003 gibt es zusätzlich eine Arbeitskräfteerhebung, welche sich speziell an Ausländerinnen und Ausländer richtet. Dort wird nicht nur in den Landessprachen, sondern auch englisch, serbokroatisch oder albanisch befragt. Der Erstkontakt findet aber immer in einer der drei Landessprachen statt. Die Befragungen, welche die Städte durchführen, werden neben deutsch, französisch und italienisch zum Teil auch in spanischer und serbokroatischer Sprache realisiert.

Die Grundlage für den Entscheid, ob die Einwohnerbefragung ausser in Deutsch auch noch in einer anderen Sprache durchgeführt werden soll und wenn ja, in welcher Sprache dies sein soll, bildet die nachfolgende Darstellung. Sie zeigt, welcher Herkunft die ständige Bevölkerung im Kanton Luzern 2007 war.

D 2.6: ANTEILE VON PERSONEN UNTERSCHIEDLICHER HERKUNFTSLÄNDER IM KANTON LUZERN 2007 IN PROZENT



Quelle: LUSTAT

Die Darstellung weist darauf hin, dass für die Einwohnerbefragung neben deutsch am ehesten serbokroatisch in Frage kommt. Ob die Befragung auch in dieser Sprache durchgeführt werden soll, hängt vom Umfang der Verbesserung der Ausschöpfungsquote ab, welche damit erzielt werden kann. Gemäss eidgenössischer Volkszählung 2000 gaben 88,7 Prozent der im Kanton Luzern wohnenden Personen ab 15 Jahren Deutsch als Hauptsprache an. In der Schule respektive im Beruf und/oder zu Hause sprachen dagegen 96,3 Prozent aller Personen ab 15 Jahren deutsch. Gemäss diesen Ergebnissen könnten schätzungsweise vier Prozent der Befragten keinem Interview in deutscher Sprache folgen.

Es kann für die Einwohnerbefragung in Luzern auf Erfahrungen aus dem Kanton Basel-Stadt sowie den Städten Bern und Zürich zurückgegriffen werden. Der Kanton Basel-Stadt geht von derselben Grundgesamtheit aus, wie sie bei der Einwohnerbefragung des Kantons Luzern vorgesehen ist. Es werden also auch Ausländerinnen und Ausländer befragt, falls sie seit mindestens einem Jahr im Kanton wohnen. 2007 konnten 6,7 Prozent der kontaktierten Personen sprachbedingt nicht befragt werden. Die Stadt Bern führt die Befragung deutsch, französisch, italienisch und spanisch durch. Trotz diesen Übersetzungsbemühungen ist die Ausschöpfungsquote dort nicht wesentlich höher als im Kanton Basel-Stadt (Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2007).

Die Befragung der Stadtzürcher Bevölkerung wurde 2007 deutsch, italienisch, spanisch und serbokroatisch durchgeführt. In der Stadt Zürich leben etwa gleich viele Leute wie im Kanton Luzern. Auch ist der Anteil der Serben in beiden Gebieten nahezu identisch.

Bei der Stadtzürcher Befragung wurde 1 Prozent der Interviews in serbokroatischer Sprache geführt. Es kann daher angenommen werden, dass die Durchführung der Einwohnerbefragung im Kanton Luzern in serbischer Sprache die Antwortquote um rund 1 Prozent erhöhen würde.

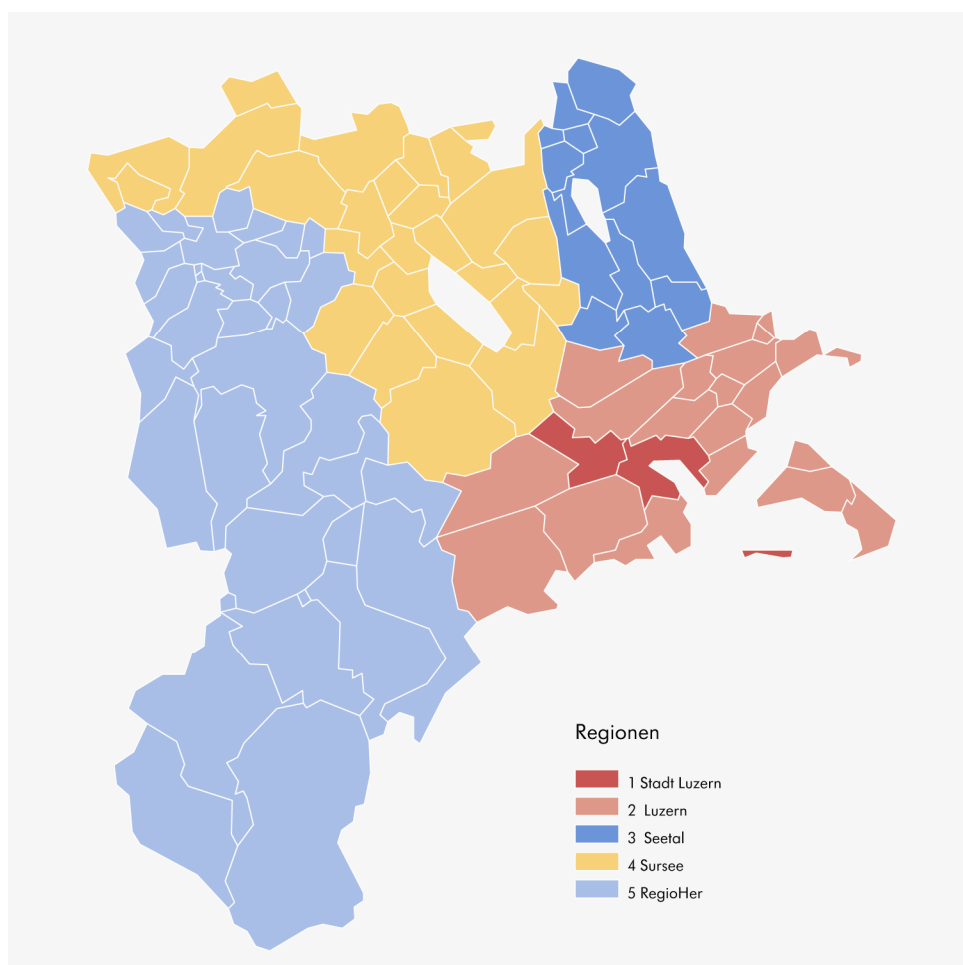
Wie viele werden befragt?

Im Kanton Luzern leben gegenwärtig rund 350'000 Personen. Die Einwohnerbefragung soll auf einer Zufallsstichprobe aus dieser Grundgesamtheit basieren. Es stellt sich die Frage, wie gross diese Stichprobe sein soll. Die Wahl der geeigneten Stichprobengrösse hängt technisch gesehen einerseits vom angestrebten Vertrauensbereich der Ergebnisse und andererseits von der Grösse der geografischen Einheiten ab, zu welchen noch zuverlässige Ergebnisse erarbeitet werden sollen. Praktisch betrachtet ist die Länge des Fragebogens und somit die Dauer der Interviews ebenfalls ausschlaggebend für die realisierbare Grösse der Stichprobe bei einem gegebenen Budget.

Am günstigsten und einfachsten wäre es, mit der Einwohnerbefragung nur Informationen auf kantonaler Ebene anzustreben und auf Angaben zu den Erwartungen und den Einstellungen in den Regionen zu verzichten. Die kantonalen Wahlen und Abstimmungen zeigen jedoch, dass die Stimmberechtigten in den verschiedenen Regionen des Kantons zum Teil sehr unterschiedliche Einstellungen haben. Regionale Disparitäten prägen nicht nur die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Kanton, sie bestimmen auch die Erwartungen und die Einschätzungen der Menschen. Insbesondere soziostrukturelle Theorien weisen darauf hin, dass soziologische Analysen regional differenziert erfolgen sollten, damit Aussagen über die Stärke des Einflusses des gesellschaftlichen Umfelds auf die Einstellungen und Wünsche der Einwohner identifiziert werden können (vgl. Lipset/Rokkan 1967). Vor diesem Hintergrund ist es von grosser Wichtigkeit, die für den Kanton bedeutendsten regionalen Unterschiede zu kennen und zu analysieren.

Welche Regionen sollen nun aber unterschieden werden? Nach der Aufhebung der fünf Ämter ist für den Kanton Luzern ein neues Raumgliederungskonzept notwendig. Dieses ist zurzeit noch in Bearbeitung. Für die Einwohnerbefragung schlagen wir, in Anlehnung an das im Rahmen der Raumplanung diskutierte Y-Modell, die folgende Regionalisierung vor: Stadt Luzern (inkl. Littau); Region Luzern plus Rigigemeinden; Region Seetal; Region Sursee; Region RegioHER. Wir gehen davon aus, dass mit dieser Aufteilung die regionalen Unterschiede gut begründet werden können.

D 2.7: KARTOGRAMM MIT DER VORGESCHLAGENEN REGIONALEN GLIEDERUNG



Quelle: LUSTAT

Die Wohnbevölkerung verteilt sich auf die genannten Regionen wie folgt.

D 2.8: MITTLERE WOHNBEVÖLKERUNG IN FÜNF REGIONEN DES KANTONS 2007

Regionen	Mittlere Wohnbevölkerung (gerundet)
Stadt Luzern (inkl. Littau)	75'300
Region Luzern plus Rigigemeinden	127'550
Region Seetal	27'500
Region Sursee	77'750
Region RegioHER	55'200
Total	363'300

Quelle: LUSTAT

Aus methodischer Sicht empfiehlt es sich, pro Teilregion zwischen 500 bis 1'000 Interviews durchzuführen. Je grösser die Stichprobe ist, umso zuverlässigere Aussagen können auch auf regionaler Ebene zu einzelnen Subgruppen gemacht werden. Die nachfolgende Darstellung weist auf den Zusammenhang zwischen Stichprobengrösse und Vertrauensbereich bei einer 95 Prozent Wahrscheinlichkeit hin.

D 2.9: ZUSAMMENHANG ZWISCHEN STICHPROBENGROSSE UND VERTRAUENSBEREICH



Quelle: LINK Sozialforschung

Mit den gegebenen finanziellen Mitteln könnten bei einer Interviewzeit unter 25 Minuten zwischen 3'500 und 4'000 telefonische Interviews realisiert werden. Werden die fünf genannten Regionen unterschieden und gleichmässig befragt, so lässt sich auf regionaler Ebene eine Vertrauenswahrscheinlichkeit von plus/minus 3,7 Prozent erreichen. Die damit erzielte Aussagekraft der Daten erscheint vertretbar. Die genannte Interviewdauer entspricht ungefähr jener der Einwohnerbefragung der Städte sowie des Kantons Basel-Stadt. Letztere lag 2007 bei rund 24 Minuten (Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2007, S. 3).

2.3.2 EMPFEHLUNGEN FÜR DIE EINWOHNERBEFRAGUNG IM KANTON LUZERN

Aus der Darstellung der methodischen Anknüpfungspunkte ergeben sich folgende Schlüsse für die Einwohnerbefragung im Kanton Luzern.

9. Empfehlung: Beschränkung der Befragung auf Einwohnerinnen und Einwohner, die sich in Deutsch verständigen können

Wir empfehlen, die Luzerner Einwohnerbefragung ausschliesslich in deutscher Sprache durchzuführen. Über 84,3 Prozent der Kantonsbevölkerung ist schweizerischer Nationalität, weitere 2,2 Prozent sprechen als deutsche Staatsangehörige sicher deutsch. Gemäss der eidgenössischen Volkszählung sahen sich im Jahr 2000 lediglich 4 Prozent

der Einwohner nicht in der Lage, deutsch zu sprechen. Erfahrungswerte aus anderen Kantonen zeigen, dass die Übersetzung in eine weitere Sprache im Falle des Kantons Luzern die Ausschöpfungsquote um rund 1 Prozent verbessern würde. Angesichts des grossen Aufwands, der mit einer mehrsprachigen Befragung verbunden wäre und des geringen zu erwartenden Zusatznutzens, sollte darauf verzichtet werden.

10. Empfehlung: Erhebung mittels telefonischer Befragung

Mit der Luzerner Einwohnerbefragung werden Individuen – also nicht Haushalte – befragt. Wir schlagen vor, die Einwohnerbefragung, wie die Befragungen des Bundes, telefonisch durchzuführen. Zwar ist es denkbar, dass vergleichbare Erhebungen in rund fünf bis zehn Jahren vor allem internet-basiert durchgeführt werden. Momentan überwiegen jedoch eindeutig die Vorteile der telefonischen Befragung:

- Erstens sind die Verzerrungen, welche dadurch entstehen, dass nicht alle Bevölkerungsgruppen gleich gut telefonisch erreichbar sind, gut bekannt. LUSTAT verfügt über bewährte Techniken, um die Befragungsergebnisse so zu gewichten, dass für die Grundgesamtheit der kantonalen Bevölkerung zuverlässige Ergebnisse gewonnen werden können.
- Zweitens ist davon auszugehen, dass die Verteilung der Internetanschlüsse im noch eher ländlich geprägten Kanton Luzern zwischen den Regionen sehr ungleich ist. Momentan gibt es dazu aber keine zuverlässigen Angaben, welche für eine geeignete Gewichtung der Resultate einer internet-basierten Befragung herangezogen werden könnten. Ausserdem hat das BFS ausdrücklich davon abgeraten, eine Einwohnerbefragung ausschliesslich per Internet durchzuführen, da der Internetzugang nicht für alle gewährleistet ist, und die Rücklaufquote zu gering wäre.
- Drittens werden die vom Bundesamt für Statistik vorgesehenen Bevölkerungsbefragungen ebenfalls per Telefon realisiert. Die Vergleichbarkeit der Luzerner Einwohnerbefragung mit den Daten des BFS wird wesentlich zuverlässiger möglich sein, wenn beide Erhebungen mit derselben Methodik durchgeführt werden.

11. Empfehlung: Befragung von rund 4'000 Personen, um Regionen des Kantons angemessen abbilden zu können

Die Befragung sollte aus der Optik des Kantons erfolgen und differenzierte Aussagen zu den folgenden fünf Regionen zulassen: Stadt Luzern (inkl. Littau); Region Luzern plus Rigigemeinden; Region Seetal; Region Sursee; Region RegioHER. Die im aktuell diskutierten kantonalen Richtplan vorgesehene Abgrenzung von nur drei Regionen und der damit verbundene Verzicht auf die Unterscheidung zwischen der Agglomeration Luzern und der übrigen Region Luzern inklusive Seetal und Rigigemeinden erscheint für die Einwohnerbefragung sachlich wenig zweckmässig (Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern 2008, S. 23). Zudem ist sie politisch nicht ausreichend gefestigt, um als Grundlage für die Einwohnerbefragung dienen zu können.

Mit den gegebenen finanziellen Mitteln könnten bei einer Interviewzeit unter 25 Minuten zwischen 3'500 und 4'000 telefonische Interviews realisiert werden. Werden fünf Regionen unterschieden und gleichmässig befragt, so lässt sich auf regionaler Ebene eine Vertrauenswahrscheinlichkeit von plus/minus 3,7 Prozent erreichen.

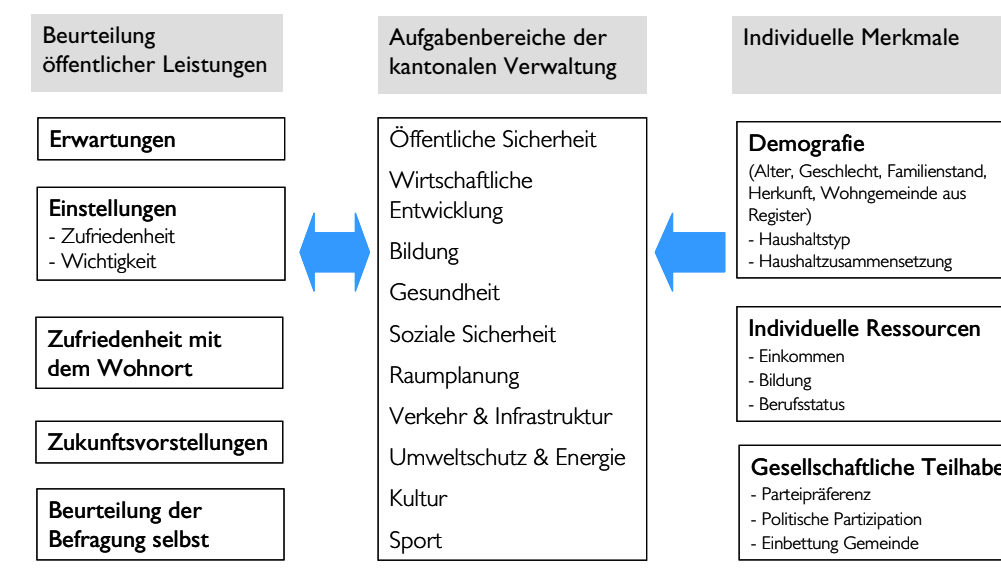
3 INHALT DER EINWOHNERBEFRAGUNG

Im Kapitel 2 wurden die wissenschaftlichen Grundlagen für die geplante Einwohnerbefragung gelegt. In diesem Kapitel gehen wir näher auf die Inhalte der Befragung ein. Im ersten Abschnitt stellen wir das Befragungskonzept vor. Im zweiten Abschnitt gehen wir näher auf die Inhalte der einzelnen Themenbereiche ein.

3.1 BEFRAGUNGSKONZEPT

Im Zentrum der Befragung stehen Fragen zu Erwartungen und Einstellungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern zur kantonalen Politik.

D 3.1: BEFRAGUNGSKONZEPT



Quelle: eigene Darstellung

Nachfolgend gehen wir auf die einzelnen Elemente der Befragung ein.

3.2 KONKRETISIERUNG DES INHALTS DER BEFRAGUNG

Nachfolgend werden die Inhalte der Befragung konkretisiert.

3.2.1 INDIVIDUELLE MERKMALE

Die individuellen Merkmale, welche in der Einwohnerbefragung erhoben werden, lassen sich in drei Gruppen unterteilen.

Demografie

Individuelle Merkmale werden erhoben, damit die Aussagen der Befragten bestimmten Bevölkerungsgruppen zugeteilt werden können. Nur damit ist es möglich, Einstellungen und Präferenzen von gesellschaftlichen Subgruppen zu ermitteln und zu verglei-

chen. Da die Befragten zufällig aus dem Register Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern gezogen werden, stehen demografische Angaben wie Alter, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit, Wohngemeinde bereits zur Verfügung und müssen nicht mehr erfragt werden. Hingegen gilt es sicherzustellen, dass diese Angaben mit den Antworten aus der Befragung verknüpft werden können. Weitere demografische Angaben, wie Haushaltsgrosse und Haushaltstyp müssen 2009 noch erfragt werden. Ab 2011 ist die Verknüpfung mit den Haushaltsregisterdaten möglich und Fragen zur Haushaltsgrosse und Haushaltstyp entfallen.

Individuelle Ressourcen

Wichtige weitere Grundlagen für die Interpretation der Befragung bilden Hinweise zu Arbeitsmarkstatus, Erwerbsstatus, beruflicher Stellung, Beschäftigungsgrad, Ausbildung und Einkommen. Auch diese Angaben müssen erfragt werden. Da es sich dabei – mit Ausnahme des Einkommens – um Schlüsselmerkmale handelt, welche auch den Erhebungen des Bundes zugrunde liegen, ist auf die Einheitlichkeit der Befragung zu achten.

Gesellschaftliche Teilhabe

Es ist unbestritten, dass die Einstellung zu politischen Themen auch massgeblich vom Grad der gesellschaftlichen Inklusion der Befragten abhängt (Bourdieu 1983). Die Einwohnerbefragung soll daher auch Fragen zur Parteipräferenz, zum Grad der Mitwirkung in Organisationen und Vereinen der Gemeinde sowie zur politischen Partizipation enthalten.

3.2.2 BEURTEILUNG DER ÖFFENTLICHEN LEISTUNGEN

Im Zentrum der Befragung stehen Statements durch die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Luzern über Erwartungen und Einstellungen zu unterschiedlichen kantonalen Politiken.

Erwartungen

Die Einwohnerbefragung wird auch erheben, ob mit Blick auf bestimmte politische Themen spezifische Erwartungen bestehen.

Einstellungen

Wichtigstes Element der Befragung ist die Erhebung der Zufriedenheit mit und der Wichtigkeit von spezifischen Sachthemen.

Zufriedenheit mit dem Wohnort

Ein weiteres Element der Befragung ist die Zufriedenheit mit dem Wohnort. Sie soll Aufschluss über die Lebensqualität der Befragten geben.

Zukunftsvorstellungen

Es soll auch abgeklärt werden, welches in den Augen der Befragten in zehn Jahren die wichtigsten Probleme des Kantons Luzern sein werden.

Beurteilung der Befragung

Die Befragten sollen die Befragung selber beurteilen können und einschätzen, ob die Regierung Konsequenzen aus der Umfrage ziehen wird.

3.2.3 POLITIKBEREICHE

In Abschnitt 2.2.2 wurde festgehalten, dass sich die Einwohnerbefragung thematisch an den Aufgabenbereichen der kantonalen Verwaltung orientiert.

3.2.4 FRAGEBOGENKONZEPT

In der nachfolgenden Übersicht halten wir das Fragebogenkonzept fest, welches der Einwohnerbefragung zugrunde gelegt wird. Es enthält drei Teilbereiche:

- Im ersten Teilbereich werden generelle Fragen zur Zufriedenheit mit dem Wohnort im Kanton Luzern und der kantonalen Politik gestellt.
- Der zweite Teilbereich umfasst ausgewählte Themen der kantonalen Politik.
- Der dritte Teil beinhaltet die notwendigen Angaben zu den individuellen Merkmalen.

Auf der linken Seite finden sich jeweils Angaben zum Themenbereich. In der Mitte sind zur Illustration ausgewählte Zielsetzungen zu verschiedenen Politikbereichen aus dem Legislaturprogramm 2007 bis 2011 vermerkt. Rechts haben wir Vorschläge für entsprechende Fragen formuliert. Die Formulierungen orientieren sich an vergleichbaren Einwohnerbefragungen.

D 3.2: THEMEN DER BEFRAGUNG ENTLANG DER KANTONALEN AUFGABENBEREICHE

	Bereich	Ausgewählte Zielsetzungen gemäss Legislaturprogramm	Fragestellung beispielhaft
1. Teilbereich	<i>Wohnort Kanton Luzern und Gemeinde</i>		Können Sie mir sagen, wie gerne Sie insgesamt im Kanton Luzern leben? Es gibt verschiedene Punkte, die einem für den Wohnort wichtig sind. Ich lese Ihnen jetzt einige Punkte vor, die immer wieder genannt werden. Zuerst möchte ich wissen, wie wichtig diese Punkte für Sie sind und danach wie zufrieden Sie damit sind. Der Staat erbringt Leistungen für die Bevölkerung. Sagen Sie mir bitte, wo der Staat mehr, wo weniger Leistungen erbringen sollte?
2. Teilbereich	<i>Politik, Staat, Verwaltung</i>	Die Anliegen der Bevölkerung werden durch die Regierung und die Politik gut vertreten. Der Staat und die Verwaltung sind effizient und kundenfreundlich.	Ihrer Meinung nach, wie gut vertritt der Regierungsrat die Anliegen der Bevölkerung insgesamt? Denken Sie einmal an den letzten Kontakt, den Sie mit der kantonalen Verwaltung hatten. War dieser Kontakt positiv, eher positiv, eher negativ, negativ.

	Bereich	Ausgewählte Zielsetzungen gemäss Legislaturprogramm	Fragestellung beispielhaft
2. Teilbereich	<i>Öffentliche Sicherheit</i>	LuzernerInnen fühlen sich im öffentlichen Raum sicher.	Und wie sicher fühlen Sie sich ganz allgemein im Alltag? Welches sind Ihrer Ansicht nach die dringendsten Sicherheitsprobleme, die gelöst werden sollten?
	<i>Bildung</i>	Der Hochschulplatz Luzern hat sich erfolgreich etabliert. Angebot und Strukturen der Berufsbildung werden verbessert.	Ich lese Ihnen jetzt ein paar Aussagen vor, die man immer wieder hört. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie mit dieser Aussage sehr einverstanden, eher, eher nicht, oder überhaupt nicht einverstanden sind:
	<i>Kultur, Freizeit und Sport</i>	Kulturelle Werte werden erfolgreich vermittelt.	- Angebot und Strukturen der Berufsbildung werden verbessert. - Die Schulen des Kantons Luzern sind ein gutes Sprungbrett für das Berufsleben. - Die Universität und die Hochschule sind für den Kanton Luzern wichtig. - Der Kanton engagiert sich ausreichend für die Kultur im Kanton Luzern. - Der Kanton engagiert sich ausreichend für den Breitensport. - Sportliche Talente werden gut unterstützt.
	<i>Gesundheit</i>	Die Qualität der Gesundheitsversorgung ist gewährleistet.	Welches ist Ihrer Meinung nach das grösste Problem bezüglich Gesundheit, das im Kanton besteht? - Mangel an Hausärzten - Qualität der Gesundheitsversorgung - Kosten der Krankenkassen - Fehlende Präventionsmassnahmen
	<i>Soziale Wohlfahrt</i>	Sozialpolitische Ziele werden mit Nachdruck verfolgt.	Beurteilen Sie die Leistungen des Kantons für folgende Gruppen als deutlich zu klein, als eher zu klein, genau richtig, als eher zu gross, als deutlich zu gross? - Arme - Randständige - Drogenabhängige - Migrantinnen und Migranten Haben Sie Kinder zwischen 0 und 14 Jahren? Wenn ja: bitte sagen Sie mir, ob Sie mit diesen Aussagen sehr, eher, eher nicht, oder überhaupt nicht einverstanden sind:

	Bereich	Ausgewählte Zielsetzungen gemäss Legislaturprogramm	Fragestellung beispielhaft
2. Teilbereich			- Im Kanton Luzern sind genügend Angebote für familienergänzende Kinderbetreuung vorhanden. - Der Kanton Luzern unterstützt Familien mit Kindern genügend.
	<i>Verkehr</i>	Mobilität und Erreichbarkeit werden sichergestellt.	Sind die Angebote aus Ihrer Sicht in den letzten Jahren besser geworden, schlechter geworden oder unverändert geblieben? - Öffentlicher Verkehr - Verhältnisse für die VelofahrerInnen - Verhältnisse für die FussgängerInnen - Verhältnisse für den motorisierten Privatverkehr
	<i>Umwelt und Raumordnung</i>	Eine intakte Umwelt wird als Basis der Lebensqualität verstanden.	Sind die Aktivitäten des Kantons zu den folgenden Themen aus Ihrer Sicht in den letzten Jahren besser geworden, schlechter geworden oder unverändert geblieben? - Umgang mit Energie - Nutzung des Bodens - Verdichtetes Bauen - Ländlichen Raum stärken - Zentrum Stadt Luzern stärken
	<i>Volkswirtschaft, Finanzen und Steuern</i>	Der Kanton soll im Wettbewerb mit anderen Regionen bestehen. Steuersenkungen liegen im ökonomischen Interesse des Kantons.	Wie ist Ihrer Meinung nach das Angebot attraktiver Stellen im Kanton? Sind sie mit dem Steuerniveau im Kanton zufrieden? Ja, nein, egal
3. Teilbereich	<i>Zukunftsvorstellung der Bürger</i>		Wenn Sie an die nächsten 12 Monate denken, wie glauben Sie, dass es Ihnen dann wirtschaftlich gesehen gehen wird? Was denken Sie, sind die wichtigsten Herausforderungen, die auf dem Kanton Luzern zukommen?
	<i>Demografie, Individuelle Ressourcen</i>		
	<i>Beurteilung der Befragung</i>		Mit dieser Umfrage will der Kanton Luzern die Situation und die Meinungen der Einwohnerinnen und Einwohner besser kennen lernen. Welche Einstellung haben Sie zu dieser Umfrage?

4 ABLAUF DER EINWOHNERBEFRAGUNG

Die Planung, die Vorbereitung, die Realisierung und die Auswertung der Einwohnerbefragung lassen sich in drei Phasen unterteilen.³

4.1 VORBEREITUNG DER BEFRAGUNG

Den Ausgangspunkt der Erhebung bilden die Informationsbedürfnisse künftiger Benutzerinnen und Benutzer der Resultate der Erhebung. Es ist die Zielsetzung des vorliegenden Dokuments, diese Bedürfnisse theoretisch einzubetten und so zu ordnen, dass eine zuverlässige Erhebung durchgeführt werden kann. Neben der Identifikation zentraler Inhalte der Erhebung spielen auch methodische Fragen eine wichtige Rolle. Das Erhebungskonzept muss mit anderen Erhebungen sowohl inhaltlich als auch organisatorisch abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang seien die Termine der thematischen Erhebungen des Bundes in Erinnerung gerufen.

D 4.1: TERMINE DER THEMATISCHEN ERHEBUNGEN DES BUNDES

Thema	Aufgaben	Termine
Mobilität und Verkehr	Erhebungsbeginn	Januar 2010
	Auswertungen	Ab Oktober 2011
Aus- und Weiterbildung	Erhebungsbeginn	Januar 2011
	Auswertungen	Ab Oktober 2012
Gesundheit	Erhebungsbeginn	Januar 2012
	Auswertungen	Ab Oktober 2013

4.2 DATENERHEBUNG

Die Einwohnerbefragung wird zwischen Mitte Oktober und Ende November 2009 durchgeführt. Grundlage wird eine Zufallsstichprobe aus dem kommunalen Einwohnerregister des Kantons Luzern darstellen. Ab 2010 werden als Stichprobengrundlage die Registerdaten dienen.

Grundgesamtheit

Basierend auf dem Meldeverhältnis in einer Luzerner Gemeinde umfasst die Grundgesamtheit alle 15-Jährigen und Älteren schweizerischer Staatsangehörigkeit mit einem Hauptwohnsitz im Kanton Luzern sowie sämtliche ausländische Staatsangehörige mit einer überjährigen Aufenthaltsbewilligung. Ausgenommen sind die Personen, die in Kollektivhaushalten leben.

³ Vergleiche auch Regierungsrat des Kantons Luzern 2005.

Stichprobe

Es werden zwischen 3'500 und 4'000 Personen befragt. Durch entsprechende Quoten wird sichergestellt, dass je rund 750 Personen aus den fünf Regionen interviewt werden (Stadt Luzern [inkl. Littau]; Region Luzern plus Rigigemeinden; Region Seetal; Region Sursee; Region RegioHER). Dazu wird LUSTAT aus der Grundgesamtheit der registrierten Personen eine nach Regionen disproportional geschichtete Zufallsstichprobe von rund 8'500 Personen sowie zwei Zusatzstichproben à je 1'000 Personen ziehen.⁴ Der Datensatz sollte nicht nur den Namen, den Vornamen, das Geburtsdatum, die Strasse, die Hausnummer, die Postleitzahl, den Ort und das Geschlecht der zu befragenden Person enthalten. Auch weitere Angaben, welche in den Registerdaten enthalten sind, sollten mitgeliefert werden (z.B. Zivilstand, Staatsangehörigkeit, AHV-Versichertennummer). Die Ermittlung der Telefonnummern kann durch das beauftragte Befragungsinstitut erfolgen.

Vorbereitung der Befragung

Alle Personen der Stichprobe erhalten einen offiziellen Informationsbrief. Der Brief dient als Information über die Befragung und erhöht deren Akzeptanz, was sich positiv auf die Teilnahmequote und damit die Datenqualität auswirken wird. Personen, welche nicht über einen eingetragenen Telefonanschluss erreichbar sind, werden schriftlich angefragt, mittels einer vorfrankierten Antwortkarte eine Telefonnummer mitzuteilen, unter welcher sie erreichbar sind. Erfahrungsgemäss können auf diese Weise 25 Prozent der Personen ohne eingetragene Telefonnummer mit in die Befragung aufgenommen werden. Zusätzlich sollen Abklärungen getroffen werden, wie sich die Ausschöpfungsquote weiter erhöhen lässt.

Pretest

Zur Überprüfung der Verständlichkeit der Fragen sowie der zu erwartenden durchschnittlichen Interviewdauer wird ein Pretest durchgeführt.

Befragung

Die Befragung erfolgt ausschliesslich telefonisch zu den üblichen Befragungszeiten. Es sollen bis zu 50 Kontaktversuche stattfinden, um auch überdurchschnittlich mobile Personen befragen zu können. Dabei ist auf eine optimale Streuung der Kontaktversuche über verschiedene Wochentage und Tageszeiten zu achten. Die Befragung findet zwischen Oktober bis November statt. In ähnlichen Erhebungen hat sich gezeigt, dass die Erreichbarkeit der Einwohner zu dieser Jahreszeit am höchsten ist, da keine Feriensaison ist und sich die Personen auch nicht, wie in den Sommermonaten, vermehrt draussen aufhalten.

Das Befragungsinstitut soll eine detaillierte Ausschöpfungsstatistik liefern. Diese legt ausgehend von der Ausgangsstichprobe nicht nur die Zahl der realisierten Interviews dar. Sie zeigt auch auf, wie viele Personen nicht erreicht werden konnten und warum nicht (z.B. Personen ohne eruierebare Telefonnummer, ungültige Telefonnummer, Ziel-

⁴ Die Grösse der Ausgangsstichprobe ergibt sich durch Analogie mit der 2007 in Basel-Stadt durchgeführten Einwohnerbefragung. Dort konnten ausgehend von einer Ausgangsstichprobe von 3'637 Personen 1'509 Interviews realisiert werden (Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt 2007).

person unerreichbar, Zielperson aus gesundheitlichen oder sprachbedingten Gründen nicht befragbar, Verweigerungen, Abbrüche usw.).

4.3 DATENAUFBEREITUNG UND -INTERPRETATION

Das Befragungsinstitut liefert LUSTAT ein Datenfile in einem zur Auswertung geeigneten Format, inklusive Labeling und einen technischen Studienbeschrieb, einschliesslich des verwendeten Fragebogens.

Die Auswertung erfolgt durch LUSTAT gegebenenfalls unter Anwendung einer geeigneten Gewichtung. Anschliessend werden die Daten von LUSTAT analysiert, interpretiert und veröffentlicht. Eine wichtige Ebene der Auswertung der Daten ist die Zeitreihe. LUSTAT wird daher die Rohdaten in geeigneter Form archivieren.

Die Ergebnisse der Einwohnerbefragung werden in den Publikationsgefässen von LUSTAT veröffentlicht (Medienmitteilungen, LUSTAT aktuell, Statistikportal <www.lustat.ch>). Zusätzlich zu den Hauptergebnissen ist ein nicht kommentierter Hintergrundbericht mit Detailauswertungen (Tabellen und Grafiken) sowie mit Methodenhinweisen geplant. Ergänzend dazu sind auf Anfrage der Departemente und Dienststellen spezielle Auswertungen möglich. Denkbar sind vertiefte Berichterstattungen für Teilbereiche in Form interner Berichte oder als Veröffentlichungen in der Reihe LUSTAT aktuell. Diese spezifischen Leistungen müssten allerdings durch die Auftrag gebenden Stellen finanziert werden.

4.4 ZEITPLAN

Nachfolgend halten wir den Ablauf der Einwohnerbefragung im Zeitverlauf fest.

Aufgabe	Termine
Umfrage zum Fragebogenentwurf bei den Expertengruppen	Dezember 2008 bis Januar 2009
Entwicklung des definitiven Fragebogens	Februar bis April 2009
Vernehmlassung des Fragebogens	Mai 2009
Offertenausschreibung für Sozialforschungsinstitute	Mai 2009
Verabschiedung der Verordnung durch Regierungsrat	Juni 2009
Auftragsvergabe an Sozialforschungsinstitut	Juni 2009
Information der betroffenen Bevölkerung	Anfang Oktober 2009
Befragung der Bevölkerung	Oktober bis November 2009
Datenauswertung und Analyse LUSTAT	Ab Januar 2010
Publikation von Ergebnissen durch LUSTAT	Erste Jahreshälfte 2010
Spezifische Auswertungen für Dienststellen	Nach Absprache und Bedarf

LITERATURVERZEICHNIS

Arzberger, Klaus; Murck, Manfred; Schumacher, Jürgen (1979): Die Bürger, Bedürfnisse, Einstellungen, Verhalten. Anton Hain Meisenheim-Verlag, Hain.

Balthasar, Andreas (2005): Was ist Evaluation und für wen evaluieren wir? LeGes, Nr. 1. Bern.

Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement des Kantons Luzern (2008): Kantonaler Richtplan 2008. Richtplan-Text. Entwurf für die Anhörung gemäss §13 Abs 1 PBG, Luzern.

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten, Göttingen.

Bundesamt für Statistik (2008): Erhebungsprogramm der eidgenössischen Volkszählung, Neuenburg.

Bundesamt für Statistik (2007a): Die Volkszählung 2010: Auf dem Weg zu einem umfassenden System der Haushalts- und Personenstatistik, Neuenburg.

Bundesamt für Statistik (2007b): SHAPE: Das neue System der Haushalts- und Personenstatistiken, Neuenburg.

Bundesamt für Statistik (2005): Gesundheit und Gesundheitsverhalten in der Schweiz 1992 bis 2002. Schweizerische Gesundheitsbefragung BFS, Neuenburg.

Deicher, Daniel (2006): Bevölkerungsbefragung zum Thema „subjektive Sicherheit“. DemoSCOPE, Adligenswil.

Dörig, Franziska (2003): Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Zürich 2003. Fachstelle für Stadtentwicklung, Zürich.

Eidgenössisches Departement des Innern (EDI) (2008): Erläuternder Bericht zur Verordnung über die Eidgenössische Volkszählung (Volkszählungsverordnung).

Fries, Ralph (2005): Grossumfrage im World Wide Web. Shaker-Verlag, Aachen.

Gächter, Ernst (1995): Stadt Bern Einwohnerbefragung 1995 Konzept, Durchführung und Resultate. Amt für Statistik, Bern.

Glück, Michael (2007): Vertrauen und Legitimation durch Bürgerzufriedenheit. Haupt-Verlag, Bern/Stuttgart/Wien.

Grillon, Nathalie et al. (2007): Gesamtbericht Bevölkerungsbefragung. Wirtschafts- und Sozialdepartement, Statistisches Amt, Basel-Stadt.

Hasler, Karin (2007): Bevölkerungsbefragung Stadt St. Gallen 2007, Ergebnisbericht. Fachstelle für Statistik, St. Gallen.

Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut (Hrsg.) (1984): Evaluierung und Erfolgskontrolle in der Kommunalpolitik und -verwaltung. Birkhäuser-Verlag, Basel/Boston (Mass.)/Stuttgart.

Héritier, Adrienne (1993): Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung. In: Héritier, A. (Hrsg.): Policy-Analyse, Kritik und Neuorientierung. Politische Vierteljahresschrift 34, Sonderheft 24, Opladen.

Jann, Werner; Wegrich, Kai (2003): Phasenmodelle und Politikprozesse. Der Policy Circle. In: Schubert, C.; Bandelow, N. (Hrsg.): Lehrbuch der Politikfeldforschung. Oldenbourg-Verlag, München.

Kelly, Janet M.; Swindell, David (2002): A Multiple Indicator Approach to Municipal Service Evaluation: Correlating Performance Measurement and Citizen Satisfaction across Jurisdictions. Public Administration Review, Vol. 62, No. 5.

Kerstan, Andreas; Lubitz, Jürgen (2004): Verwaltungsmodernisierung in Nordrhein-Westfalen. Kundenbefragung. Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

Klages, Helmut; Masser, Kai (1997): Kundenbefragung Bezirksregierung Münster. Band I-III. Speyer.

Kissling-Näf, Ingrid; Wildi-Ballabio, Elena (1993): Kontrollinstrumente zur erfolgreichen Implementation von Politiken. Impulse aus der Umweltbeobachtung für ein integriertes Policy-Monitoring. In: Schweizerische Vereinigung für politische Wissenschaft (Hrsg.): Vollzugsprobleme/Problèmes de la mise en œuvre des politiques publiques. Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft Nr. 33, Bern.

Lipset, Seymour Martin; Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignment: An Introduction. New York.

Martinovits, Alex (2000a): Sehr unterschiedliche Zufriedenheit mit öffentlicher Verwaltung in den Kantonen. GfS-Büro, Zürich.

Martinovits, Alex (2000b): Ergebnispräsentation Public Image-Monitor Kanton Luzern und Thurgau 2000. GfS-Büro, Zürich.

Mayer, Conny (2004): Vom Bedeutungsverlust des Gemeinderates. Doktorarbeit, Universität Mannheim. Mannheim.

Peter, Andreas (2006): Sicherheit im Kanton Luzern 2006. DemoSCOPE, Adligenswil.

Perri, Stepney (2002): Can Policy Making be Evidence Based? MCC Building Knowledge for Integrated Care. Vol. 10, No. 1.

Petticrew, Mark (2001): Systematic Reviews from Astronomy to Zoology: Myths and Misconceptions. In: British Medical Journal, Vol. 322, No.1.

Regierungsrat des Kantons Bern (2008a): Aufgabendialog Kanton Bern. Bern.

Regierungsrat des Kantons Bern (2008b): Aufgabendialog Kanton Bern. Anhang zum Bericht. Bern.

Regierungsrat des Kantons Luzern (2005): Botschaft an den Grossen Rat B 93 zum Entwurf eines Statistikgesetzes. Luzern.

Regierungsrat des Kantons Luzern (2007a): Legislaturprogramm 2007–2011. Luzern.

Regierungsrat des Kantons Luzern (2007b): Das statistische Mehrjahresprogramm des Kantons Luzern 2007 bis 2011. Luzern.

Rothenbühler, André; Martinovits, Alex (2002a): Signifikanz von Einflussfaktoren auf die Zufriedenheit mit staatlichen Leistungen. Spezialauswertung anhand der Daten für den Kanton Thurgau aus dem Public Image-Monitor 2000. GfS-Büro, Zürich.

Rothenbühler, André; Martinovits, Alex (2002b): Public Image-Monitor: Zufriedenheit mit staatlichen Leistungen: Erweiterte Zweitbefragung Kanton Luzern. GfS-Büro, Zürich.

Sanderson, Ian (2002): Making Sense of What Works: Evidence Based Policy Making as Instrumental Rationality? Public Policy and Administration, Vol. 17, No. 3.

Schneider, Volker (2007): Komplexität, politische Steuerung und evidenz-basiertes Policy-Making. In: Janning, F.; Toens, K. (Hrsg.): Die Zukunft der Policy-Forschung. Theorien, Methoden, Anwendungen. VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Schubert, Klaus; Bandelow, Nils (2003): Lehrbuch der Politikfeldanalyse. Oldenbourg Verlag. München.

Schweizerischer Bundesrat (2008): Verordnung über die eidgenössische Volkszählung. Bern.

Solesbury, William (2001): Evidence Based Policy: Whence it Came and Where it's Going. ESRC UK Centre for Evidence Based Policy and Practice: Working Paper 1.

Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt (2006): Generelles Befragungskonzept zuhanden des Regierungsrates, P061520, Basel.

Wirtschafts- und Sozialdepartement des Kantons Basel-Stadt (2007): Thematischer Bericht: Methodische Hinweise und Akzeptanz. Bevölkerungsbefragung 2007 durchgeführt im Auftrag des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt. Statistisches Amt, Basel.

Young, Ken (2003): Seizing the Opportunities for Social Science Presented by the Government's Commitment to making Policy more Evidence Based Requires more than Disseminating Research Results. Social Science, Vol. 54.

IMPRESSUM

Andreas Balthasar, PD Dr. rer. pol.

Andreas Balthasar studierte an der Universität Bern Volkswirtschaft und Wirtschaftsgeschichte. Danach war er als Assistent am Forschungszentrum für schweizerische Politik an der Universität Bern tätig. 1985 promovierte Andreas Balthasar bei Professor E. Gruner, Professur für Sozialgeschichte und Soziologie der schweizerischen Politik. Er hat sich im Frühjahr 2007 an der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern habilitiert. 1991 gründete Andreas Balthasar das private Institut für Politikstudien Interface in Luzern. Er hat seither gegen hundert Evaluationen durchgeführt. Neben der Leitung des Instituts ist er hauptsächlich als Evaluationsberater in verschiedenen Bundesämtern tätig. Weiter bilden die Forschung in der Sozial- und Gesundheitspolitik und die Projektleitung verschiedenster Evaluationen Schwerpunkte seiner Tätigkeit. Andreas Balthasar nahm zwischen 1987 und 2005 einen Lehrauftrag am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern wahr. Zudem leitete er verschiedene Weiterbildungskurse zum Thema Evaluation. Seit 2007 ist er Dozent am politikwissenschaftlichen Institut der Universität Luzern.

Nora Wight, lic. phil. I

Nora Wight hat an der Universität Zürich Politikwissenschaften und Volkswirtschaft studiert. In ihrer Lizentiatsarbeit hat sie die Vergabekriterien der Schweizer Entwicklungshilfe mit quantitativen Analyseverfahren untersucht. Zu Beginn des Jahres 2008 hat sie ihr Studium erfolgreich abgeschlossen und absolviert seither ein wissenschaftliches Praktikum bei Interface Politikstudien.

WEITERE INFORMATIONEN

INTERFACE

Institut für Politikstudien

Seidenhofstr. 12

CH-6003 Luzern

Tel +41 (0)41 226 04 26

Fax +41 (0)41 226 04 36

www.interface-politikstudien.ch

PROJEKTPREFERENZ

Luzern, 27. Februar 2009

Projektnummer: P08-38